Leserbrief

zu „Anwohner wollen nicht zahlen“ vom 5.08.2020

Einen Dank an den Generalanzeiger, dass er das höchst umstrittene Thema von Ausgleichszahlungen, die von einem kleinen Teil von Altstadtbewohnern für angebliche Sanierungsmaßnahmen gezahlt werden sollen, ausführlich aufgegriffen hat. Der Artikel weist richtig darauf hin, dass sich die Bürger durch Zahlbescheide der Stadt ungerecht behandelt fühlen. Einige wenige sollen zahlen, andere werden verschont, wo praktisch niemand einen nachweislichen Nutzen aus der Sanierung zog – weder Menschen, noch Grundstücke noch die Altstadt selbst! Unglücklich an dem Artikel ist die Überschrift: Steht in der digitalen Version noch neutral: „Ärger um Ausgleichsbeiträge für Sanierung in Königswinter“, so heißt es in der Druckversion plötzlich: „Anwohner wollen nicht zahlen“. Natürlich geht es nicht darum und ging es nie, sondern um die ungleiche und ungerechte Behandlung im Rahmen von umstrittenen Zuordnungen oder von Maßnahmen, die nichts mit Stadtsanierung zu tun haben, sondern mit normaler Straßenunterhaltungspflicht der Gemeinde. Was soll das suggestive aus dem Archiv gekramte übergroße Bild von Touristen in einer übervollen Altstadt? Bestaunen sie etwa die Stadtsanierung, die hübschen Schotterparkplätze, die leerstehenden Ladenlokale oder vielleicht das Sonderangebot eines Billiganbieters? Das „Statement“ der Stadtverwaltung ist nur traurig zu nennen: Sie würden die knapp 40 Widersprüche individuell prüfen? Das sollten sie schon seit 2018 tun, haben es aber bis heute unterlassen! Die Angaben der Höhe der Ausgleichsbeträge (bis 5000 €) ist trickreich niedrig gehalten: gemeint sind nicht betroffene Familien, sondern Flurstücke, so dass Familien mehrere Bescheide mit entsprechenden Forderungen zugestellt wurden, die sich summieren. Und der letzte Satz des Artikels, alle Einwände seien auch beantwortet worden, wird als Tatsache dargestellt. Traurig, denn das trifft nicht zu: Auf eine echte inhaltliche Beantwortung der vielen wohlbegründeten Einwände warten die Betroffenen noch heute.

Die Bürgerinitiative KIA stellt dagegen Punkt für Punkt die Einwände detailliert auf ihrer Internetseite „www.palermo-am-rhein.de“ zum Nachlesen dar.

Prof. Dr. Kay Steen, Königswinter-Altstadt